



Gleichschaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gefordert

Oliver Welke verabschiedete sich am Freitag von den Zuschauern der *ZDF heute-show* mit den Worten: „Wir sehen uns nächste Woche wieder. Wie wir dann heißen nach der Zusammenlegung mit der ARD, weiß ich auch noch nicht.“

<https://www.zdf.de/comedy/heute-show/heute-show-vom-26-februar-2021-100.html>

Gleich danach begrüßte **Jan Böhmermann** seine Zuschauer des *ZDF Magazin Royale* wie folgt: „Hier ist das Erste Deutsche Fernsehen mit dem *ZDF Magazin Royale*.“

<https://www.zdf.de/comedy/zdf-magazin-royale/zdf-magazin-royale-vom-26-februar-2021-100.html#autoplay=true>

Was war geschehen? Bevor wir uns mit dieser Frage beschäftigen, noch ein paar Anmerkungen zur Sendung. Schwerpunktthema in dieser Woche war, „*Warum das so scheiße ist mit der Digitalisierung!*“ „*Der Bundestag schafft die Faxgeräte ab.*“ „*Deutsche Behörden liegen EU weit auf Platz 21 von 27 bei der Digitalisierung.*“ „*Beim Zugang zu digitaler Weiterbildung für Lehrer liegt Deutschland auf Platz 76 von 78.*“ Warum kostet der Telekom Standardtarif XL in Deutschland monatlich 54,94 Euro für eine Übertragungsgeschwindigkeit von 250 Mbits/s, der Telekom Standardtarif in Rumänien allerdings nur 8,00 Euro bei einer Übertragungsgeschwindigkeit von 940 Mbits/s?

Böhmermann wirft einen Blick zurück auf das Jahr 1981, als Bundeskanzler **Helmut Schmidt** (SPD) den Ausbau des Glasfasernetzes ankündigte. 40 Jahre später liegt der Ausbau mit Glasfasernetzen bei 13,8 Prozent. „*Irgendwann muss was schiefge laufen sein*“, stellt Böhmermann fest. Er benennt zwei Schuldige: den Medien-Unternehmer **Leo Kirch** und den Opa von **Johannes Volkmann**. Der 24-Jährige Volkmann gewann am 15. Februar 2021 bei **Günther Jauchs** „Wer wird Millionär“ 64.000 Euro. Der 2017 verstorbene Großvater musste nicht knifflige Fragen beantworten, um so viel Geld zu kasieren. Sie haben es längst erraten, die Rede ist von Bundeskanzler **Helmut Kohl**. Ende November 1999 teilte Kohl mit, dass er jahrelang Spenden an die CDU in Gesamthöhe von 2,1 Millionen DM nicht im Rechenschaftsbericht angegeben hatte, wie es im

Parteiengesetz vorgeschrieben ist. Er lehnte es öffentlich ab, die Namen der Spender zu nennen, da er ihnen mit seinem Ehrenwort Anonymität zugesichert hätte.

Da für einen solchen Fall das Gesetz der Partei eine Strafzahlung in dreifacher Höhe des strittigen Betrags an den Bundestag auferlegt, stellte Kohl aus Eigenmitteln 700.000 DM zur Verfügung und organisierte eine Spendensammelaktion, bei der 6 Millionen DM resultierten; einer der größten Spender war **Leo Kirch** mit einer Million DM. Ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl wurde im Februar 2001 gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM wegen geringer Schuld eingestellt.“ *Quelle: Wikipedia*

Ein Reporter des Magazin *Panorama* fragte Kohl, wofür er Geld von Kirch bekommen habe. Kohl sagte, dass er keine Absicht habe, ein Interview zu geben, außerdem habe *Panorama* nichts mit Journalismus zu tun. Zum Reporter gewandt, sagte Kohl: „Wenn ich mir Ihr Gesicht betrachte, reicht es.“

Kohl ging häufig sehr rüde gegen Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, vornehmlich der ARD, vor und machte häufig abfällige Bemerkungen über deren Gesichtsausdruck. Vor allem reagierte Kohl aggressiv, wenn man ihn nur „*Herr Kohl!*“ nannte. Dann polterte er los: „*Dr. Kohl!*“ Apropos Dr. Kohl. Hier ein Satz aus Dr. Kohls Dissertation: „*Die Pfalz beheimatet – soweit sich solche allgemeinen Feststellungen treffen lassen – einen fröhlichen und weltoffenen Menschenschlag, der viel Sinn für gesellschaftliches Zusammenleben und die Freuden der Zeit hat und dem dogmatischen Denken abgeneigt ist.*“ *Quelle: Spektrum.de*

Die Abneigung Kohls gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, führt uns zum Thema zurück. Warum gibt es zwei öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten in Deutschland, die ARD und das ZDF?

„*Der ehemalige Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) versuchte ab 1959, auf die bestehende Rundfunkordnung Einfluss zu nehmen, und plante ein zweites, gesamtdeutsches Fernsehprogramm. Dieses sollte anders als das ARD-Programm Deutsches Fernsehen (heute: Das Erste) nicht den Ländern, sondern dem Bund unterstehen. Die Pläne scheiterten jedoch am Bundesverfassungsgericht durch das 1. Rundfunk-Urteil. Stattdessen wurde durch die Länder 1961 mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen eine zentrale, gemeinnützige Fernsehanstalt gegründet.*“ Adenauers CDU waren die ARD-Sender viel zu kritisch. Da gab es ständig diese Politmagazine, die man nicht unter Kontrolle bringen konnte. Am lieb-



sten wäre Adenauer sicherlich ein Staatsfernsehen gewesen, bei dem der Regierungssprecher gleichzeitig Intendant ist. Das gelang beim ZDF nachträglich sogar 1977 mit **Karl-Günther von Hase**, der zuvor Regierungssprecher bei **Konrad Adenauer**, **Ludwig Erhard** und **Kurt-Georg Kiesinger** war.

Der Gründungsintendant des ZDF, **Karl Holzamer**, im Krieg Angehöriger der „Propagandakompanie“ der Luftwaffe, war ein streng konservativer Zeitgenosse. Holzamer schmiss den beliebten Showmaster **Lou van Burg** 1967 aus dem Sender, weil dieser eine Affäre mit seiner Assistentin hatte. Heute scheint das eher eine Einstellungs voraussetzung zu sein.

Auch der dritte Intendant **Dieter Stolte**, später Herausgeber von *Welt* und *Berliner Morgenpost* war nicht gerade ein Linker. Immerhin verdanken wir ihm die Gründung des Kulturkanals *3sat* in Kooperation mit dem österreichischen *ORF* und der Schweizer *SRG SSR* (1984), sowie später als Ergänzung und mit ähnlicher Zielsetzung 1992 die gemeinsame Kooperation des ZDF und der ARD in *arte* mit Rundfunkgesellschaften der Französischen Republik.

Unter den zwei weiteren Intendanten **Markus Schächter** und aktuell **Thomas Bellut** hat sich das ZDF zu dem entwickelt, was es heute ist. Mit wichtigen Nachrichtenformaten (*heute* und *heute-journal*), Magazinen wie *Frontal 21*, dem *Auslandsjournal* oder dem *Länderspiegel*. Hinzu kommen zahllose Dokumentationen wie *Terra X*, Kultursendungen wie *aspekte*, große Unterhaltungsshow, Sport ohne Ende, Krimis und die besonders beliebten Satiresendungen. *ZDFinfo* und *ZDFneo* ergänzen das Programmangebot durch viele Wiederholungen.

Die bislang letzte politische Einflussnahme der Politik auf das ZDF erfolgte 2010, als der Vertrag des Chefredakteurs **Nikolaus Brender** auf Betreiben des hessischen Ministerpräsidenten **Roland Koch** nicht verlängert wurde. **Edmund Stoiber** soll den Impuls zur Absetzung von Brender gegeben haben. Obwohl Prominente wie **Claus Kleber**, **Maybrit Illner**, **Guido Knopp** und **Peter Frey** (heutiger Chefredakteur), die Absetzung Brenders öffentlich kritisierten, blieb es bei der Entscheidung.

Die Nichtverlängerung des Vertrags führte immerhin zu einer öffentlichen Diskussion um parteipolitische Einflussnahmen und die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie zu einer Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht, der eine Revision des ZDF-Staatsvertrages folgte. ZDF-Fernsehrat und ZDF-Verwaltungsrat müssen demnach in ihrer Zusammensetzung „staatsfern“ gestaltet

werden, um die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten. Wikipedia

Auch in den Landesrundfunkanstalten der ARD werden Chefposten gern nach Parteibuch vergeben. Beim Sender Freies Berlin soll es früher so gewesen sein, dass man ohne SPD-Parteibuch gar nicht am Pfortner vorbeikam.

Fusion von ARD und ZDF gefordert

„Eine Gruppe von Wirtschaftspolitikern, Medien- und Wettbewerbsfachleuten will ein Reformkonzept für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorlegen. Die Autorengruppe um die federführende Mittelstandsunion von CDU und CSU (MIT) hält den Rundfunk generell für zu zersplittert, für zu teuer, für zu redundant (mehrfach vorhanden) in seinen Strukturen und im Hinblick auf das Programm für nicht mehr dem eigentlichen Auftrag folgend, berichtet die *Welt*.“, meldet *Zeit Online*. Von keinem anderen Blatt als der *Welt*, **Axel Springers** Lieblingszeitung, finanziert aus den Einnahmen der *Bild-Zeitung*, hätte man erwartet, dass sie diese Nachricht verbreitet.

Weiter lesen wir bei *Zeit Online*: *Der weitreichendste geplante Eingriff betrifft demnach ARD und ZDF. „Es soll künftig nur noch EINE öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt geben“*, zitiert die Zeitung aus dem Reformpapier der Mittelstandsunion, das auch *ZEIT ONLINE* vorliegt. *„Die bisherigen Sender sollen unter diesem Dach fusionieren. Mehrfachstrukturen sollen entfallen.“*

Auch wird kritisiert, dass mit dem Beitragsgeld der Bürgerinnen und Bürger Inhalte produziert werden, die ebenso von privaten Anbietern hergestellt werden. Es ist schon schlimm genug, bei den öffentlich-rechtlichen Sendern Shows mit **Florian Silbereisen** ertragen zu müssen, wenn diese aber auch noch bei den Privaten laufen würden, verlängerten sich die Sendungen durch ständige Werbeunterbrechungen. Es geht also nicht um irgendeinen Reformansatz, es geht um die Stärkung der Privaten, also um Geld, sowie damals bei **Leo Kirch** und **Helmut Kohl**.

Die Mittelstandsvereinigung der Union *schließt sich einer Kernkritik privater Medienverlage an, die eine Wettbewerbsverzerrung beklagen. Dies betrifft vor allem den Bereich der Onlinemedien. Allerdings waren die Öffentlich-Rechtlichen schon vor Jahren verpflichtet worden, im Netz nur noch über Themen zu schreiben, die sie auch im Fernsehen oder Hörfunk verbreitet haben. So sollte vermieden werden, dass die Sender mit Beitragsgeld den am freien Markt agierenden Medienunternehmen Konkurrenz ma-*



chen. Das ist wirklich unglaublich. Nur, was Zugang zu den Sendeinhalten erlangt hat, darf online verbreitet werden. Das kommt, genau betrachtet, einer Zensur gleich. Das Argument des Konkurrenz-machens wird immer wieder angeführt, weil die Privaten Angst um ihre Einnahmen haben. Dabei können sie rund um die Uhr Werbung auf ihren Kanälen verbreiten, die Öffentlich-Rechtlichen aber nur in einem kleinen Zeitfenster vor 20:00 Uhr.

Seit 2019 hatten sich laut Welt die Mitwirkenden um den Chef der MIT, **Carsten Linnemann** (CDU), den Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU, **Stefan Müller**, und den Wettbewerbsökonom **Justus Haucap** insgesamt sechsmal getroffen, um über eine Reform von ARD und ZDF zu beraten. Beteiligt waren demnach auch ehemalige Führungskräfte der Sender sowie Medienpolitiker von CDU und CSU aus Bund und Ländern.

Und das planen die Christdemokraten

Das Autorenteam will ARD und ZDF zu einer großen Sendeanstalt machen, die nicht nur das Bestehende zusammenfasst, sondern gänzlich neu ordnet. Dabei werde vieles auch zur Disposition gestellt. „Die zahlreichen linearen TV-Vollprogramme sollen auf wenige Kanäle konzentriert werden“, heiße es in dem Papier. „Auch die Radiosender müssen auf den Kernauftrag reduziert werden, sodass von den derzeit 74 Radiosendern ein signifikanter Teil entfallen muss.“

Den Sendeauftrag möchten die Reformer konkretisieren. „Ziel ist ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit besserem Informations- und reduziertem Unterhaltungsangebot, der mit veränderten Strukturen insgesamt günstiger wird.“ Dazu müsse das Informations- und Bildungsangebot gestärkt werden. Schwerpunkte sollten neben der Auslandsberichterstattung mehr Dokumentationen sein, weiter zusätzliche Liveübertragungen von politisch, wirtschaftlich sowie gesellschaftlich relevanten Ereignissen.“

Man hat den Eindruck, dass sich Linnemann & Co. sehr wenig mit dem, was sie „reformieren“ wollen, beschäftigt haben. 24 Stunden läuft in den meisten ARD-Anstalten ein reines Nachrichtenprogramm, in Berlin das *InfoRadio*. Dokumentationen? Bei *ZDFinfo* kann man den ganzen Tag hervorragende Dokumentationen sehen. „Liveübertragungen von politisch, wirtschaftlich sowie gesellschaftlich relevanten Ereignissen.“ Wie bitte? Nichts anderes ist bei *Phoenix* live und in Farbe den ganzen Tag zu sehen. Allen Parteitagern kann man beiwohnen. Vielleicht hat *Phoenix* zu wenig über die MIT-Konferenzen berich-

tet, was vielleicht daran liegt, dass man sich nur mit gesellschaftlich relevanten Gruppen beschäftigt.

Vorwerfen kann man den Sendern nur, dass Bundestagsdebatten oder beispielsweise Feierstunden parallel in der ARD oder dem ZDF und bei *Phoenix* gesendet werden. Andererseits könnten die ganzen *zdf.spezials* oder *ARD Brennpunkte* bei *Phoenix* laufen. Warum muss ich auf den Spielfilm 15 bis 30 Minuten warten, weil erst in einer Sondersendung alles noch einmal wiederholt wird, was vorher schon in den Nachrichten zu sehen war?

Es gibt vieles, was man verändern und besser machen könnte. Dazu gehört aber keineswegs eine Fusion von ARD und ZDF. Wir können in unserem Land stolz auf diese einzigartige Vielfalt sein. Die Landesrundfunkanstalten senden bis in die letzten Winkel Regionalprogramme. So produziert der NDR allein vier Regionalmagazine, das *Hamburg-Journal*, das *Nordmagazin* für Mecklenburg-Vorpommern, *Hallo Niedersachsen* und das *Schleswig-Holstein-Magazin*. In Berlin haben wir zwei Kanäle für die *Abendschau* und *Brandenburg aktuell*. Der zweite Kanal wird darüber hinaus so gut wie nie genutzt, obwohl man dort die Sitzungen des Abgeordnetenhauses oder des Landtages in Brandenburg übertragen könnte, was für Berlin dankenswerter Weise *Alex TV* macht, allerdings ohne Kommentierung. Auch die Übertragung von Bezirksverordnetenversammlungen oder Parteitagen wäre auf der zweiten Welle möglich. Das sind ungenutzte Ressourcen.

Die Sender haben es auch der CDU zu verdanken, dass es keine Gebührenerhöhung um 86 Cent auf 18,36 Euro gab. Knapp 20 Euro für diese Programmvielfalt ist so gut wie geschenkt. Bei der Abneigung gegenüber den Öffentlich-Rechtlichen sind sich viele Unionspolitiker mit denen der AfD einig. Darüber sollte die CDU nicht nur in Sachsen-Anhalt nachdenken.

Der falsche Weg von ARD und ZDF wäre aber, die Mindereinnahmen auf das Programm abzuwälzen. Bevor man ans Programm geht, sollten die Gehälter in den Führungsetagen unter die Lupe genommen werden. Es kann nicht sein, dass das Grundgehalt des ZDF-Intendanten um 70.000 Euro höher ist als das der Bundeskanzlerin und das der RBB-Intendantin um 100.000 Euro höher als das des Regierenden Bürgermeisters. Der RBB liegt bei den Marktanteilen auf dem vorletzten Platz aller dritten Programme. Die Oberen des Öffentlich-Rechtlichen sollten über einiges nachdenken.

Ed Koch